



Infobrief 1 / 2009 (März.)

Herzlich willkommen zum ersten Infobrief im neuen Jahr!  
Das Jahr fing turbulent an — kein Wunder, denn in Berlin haben wir mit dem Schnüren des Konjunkturpaketes II eine gewichtige Entscheidung getroffen. Die Verwendung der Gelder und die Fragen, wie wir die Finanz- und Wirtschaftskrise ohne Total-schaden meistern können, durchzog etliche meiner Veranstaltungen. Das werden Sie in diesem Infobrief erkennen. In diesem Jahr möchte ich den Infobrief verstärkt nutzen, Sie auf kommende Termine hinzuweisen. Sollten Sie das eine oder andere Mal dabei sein können, würde ich mich freuen!

Ihre *Monika Griefahn*



**DER KOMMENTAR**

## Etwas Wirbel und einige Erkenntnis

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freunde, aus aktuellem Anlass soll die Rubrik „SPD — besser ist das“ einem Kommentar meinerseits weichen. Sie finden sie nun auf Seite 7 dieses Infobriefes.

Ich möchte Stellung nehmen zu dem Wirbel, den mein Vorschlag einer Investitionskonferenz ausgelöst hat. Damit hatte ich vor, alle Ebenen, die aus dem Konjunkturpaket profitieren könnten, an einen Tisch zu holen.

Enttäuscht war ich von der Absage des Landrates, mit dem ich zuvor den Termin für eine solche Konferenz abgesprochen hatte. Ich bin aber auch erstaunt, wie viel Wirkung mein Vorhaben gezeigt hat und stelle die Frage in den Raum, ob der Landkreis seine Vorhabenliste auch sonst veröffentlicht hätte. Die selbstgefällige Reaktion meines CDU-Bundestagskollegen Michael Grossebrömer, dass die zuständigen Gremien eine „fähige Mehrheit“ seien, zeugt von einer Kultur der Hinterzimmerpolitik und nicht von einer Politik, die den Bürger mitnimmt. Man fragt sich auch, warum er seinen Fraktionskollegen Reinhard Grindel nicht in die Schranken verwiesen hat, der zu einer ebensolchen Konferenz im „Heidekreis“ Soltau-Fallingb.-Rotenburg geladen hat. Alles in allem erstaunt mich, wie viel Gegenwind von Unionsseite einer Konferenz entgegenweht, die Politik transparent gemacht hätte. Das zu entlarven, hat das öffentliche, unschöne Hickhack immerhin geschafft. Und es hat auch gezeigt, wie sich ein Landrat verhält, den die SPD mit ins Amt gewählt hat, weil er versprach, alle Interessen zu vertreten. Mit allen Ebenen (Bund, Land, Kreis und Kommune) hat es nun ein informatives Gespräch gegeben — transparent und bis hinunter auf die Ebene der Einzelgemeinden.

# Bürgermeister in Berlin

Auf Einladung von Monika Griefahn gab es Informationen aus erster Hand



Für den Landkreis Harburg in Berlin waren (v.l.) Dietmar Stadie (Rosengarten), Günter Schwarz (Seevetal) und Rolf Roth (Elbmarsch), hier mit Monika Griefahn.

Auf Einladung der SPD-Bundestagsfraktion machten sich über 500 Oberbürgermeister, Bürgermeister, Landräte und Kommunalpolitiker aus ganz Deutschland kürzlich auf den Weg zu einer kommunalpolitischen Konferenz nach Berlin. Die Bürgermeister Dietmar Stadie (Rosengarten), Günter Schwarz (Seevetal) und Rolf Roth (Elbmarsch) aus dem Landkreis Harburg und Michael Lebid (Bomlitz) aus dem Landkreis Soltau-Fallingb. nutzten auf Einladung von Monika Griefahn die Gelegenheit, direkt Informationen zur Umsetzung des Konjunkturprogramms zu erhalten.

Auf Grundlage der Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern über das Konjunkturpaket II erörterten sie bei der Konferenz Investitionsmöglichkeiten in den Kommunen. „Für mich war es besonders wichtig, die Fragen und Anregungen aus

den Kommunen zu erfahren“, erklärte Griefahn nach der Veranstaltung. „Mich freute besonders das Lob, dass die SPD sich mit ihren gesetzten Schwerpunkten im Konjunkturpaket II als guter Partner der Kommunen erwiesen habe.“ Vizkanzler Frank-Walter Steinmeier, Bundesfinanzminister Peer Steinbrück und Bundesbauminister Wolfgang Tiefensee gingen auf alle gestellten Fragen ein.

### ÄNDERUNGEN IM VERGABERECHT

Immer wieder stand bei der Konferenz die Frage im Mittelpunkt, wie die geforderte „Zusätzlichkeit“ der von den Kommunen gewünschten Maßnahmen konkret auszu-legen sei. Es sollten keine Maßnahmen sein, die für die Jahre 2009 und 2010 schon in den kommunalen Plänen enthalten seien, lautete die Antwort. Dass keine kommu-

nalen Straßen - vom Lärmschutz abgesehen -, Abwasseranlagen oder der ÖPNV mit den Mitteln gefördert werden können, wurde von einigen bedauert. Begrüßt wurde von den kommunalen Vertretern eine Änderung im Vergaberecht. Danach wird die Summe für die Möglichkeit einer - zum Beispiel regional - beschränkten Ausschreibung von 150.000 auf eine Million Euro erhöht. Erst dann muss europaweit ausgeschrieben werden. Monika Griefahn: „So können die Konjunkturmittel bewusst in der Region eingesetzt werden.“ Auch die zeitliche Vorgabe fand Beifall: Abrufung der Hälfte der Mittel bis Ende 2009; im Jahr 2011 können die Gelder nur noch für Vorhaben eingesetzt werden, die schon 2010 begonnen wurden und bei denen 2011 ein selbständiger Bauabschnitt beendet wird. „Dieses Paket soll schließlich jetzt Arbeitsplätze sichern,“ so Griefahn.



KURZ GEMELDET

## Verwerfungen des Internets

Anlässlich der Anhörung des Unterausschusses Neue Medien zu den Möglichkeiten von Sperrverfügungen gegen Internet-Access-Provider hat sich Monika Griefahn für einen besseren Schutz von Kindern ausgesprochen. Der Kampf gegen Kinderpornografie, um den es insbesondere geht, müsse auf sämtlichen Ebenen geführt werden. Zu prüfen ist, ob und inwieweit Zugängerschwernisse oder Sperrverpflichtungen als flankierendes Mittel bei der Bekämpfung von kinderpornographischen Inhalten im Internet ein geeignetes Mittel der Bekämpfung darstellen können. Bei der Bewertung derartiger Sperrverpflichtungen oder einer, wie von Familienministerin Ursula von der Leyen angestrebten, freiwilligen Vereinbarung der Access-Service-Provider gilt es, die offenen (verfassungs-)rechtlichen Fragen insbesondere im Hinblick auf das Fernmeldegeheimnis zu klären. Allein angesichts der erheblichen Rechtsunsicherheit bezüglich der Eingriffstiefe ist eine freiwillige Vereinbarung kaum vorstellbar. Darum müssen an ein freiwilliges Verfahren eine Reihe gesetzlicher Anforderungen gestellt werden.



Monika Griefahn mit Corey Hodge (M.), seiner Gastmutter Ulrike Schmidt und seiner Gastschwester Theresa.

# Wer hat die Macht?

Gut besuchte Veranstaltung zum Thema „Finanzkrise“ in Buchholz

„Hat Politik angesichts der Finanzkrise eigentlich noch Einfluss?“ Diese Frage zog sich immer wieder durch die Diskussion bei der Veranstaltung „Finanzmärkte regulieren, Wirtschaft stärken!“ in Buchholz. Monika Griefahn hatte zu diesem aktuellen Thema eingeladen und konnte mit dem Vorstandsvorsitzenden der Sparkasse Harburg-Buxtehude Heinz Lüers, dem Rosengartener Unternehmer Dieter Eilers und der Schatzmeisterin der SPD, Dr. Barbara Hendricks, Referenten gewinnen, die vom Fach und aus der Praxis berichteten.

Griefahn betonte in ihrer Begrüßung, dass die SPD schon seit langem die Kontrolle der Finanzmärkte auf dem internationalen Parkett fordere – zum Beispiel war das ein Thema beim Treffen der G8-Staaten in Heiligendamm 2007. Schon bevor die Finanzkrise vollständig offensichtlich wurde, hatte eine SPD-Arbeitsgruppe einen Forderungskatalog vorgelegt. Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD) habe die acht wichtigsten Punkte immer wieder öffentlich ange-mahnt: eine Bilanzierungs-



Informierten zur Finanzkrise und beantworteten zahlreiche Fragen aus dem Publikum: (v.l.) Dr. Barbara Hendricks, Dieter Eilers, Monika Griefahn und Heinz Lüers.

pfligt, eine höhere Liquiditätsvorsorge, eine stärkere persönliche Haftung der Finanzakteure, ein anderes Vergütungssystem, ein Verbot schädlicher Leerverkäufe, eine Abdeckung der Kreditrisiken bei Banken, eine stärkere Zusammenarbeit der internationalen Behörden, eine stärkere Zusammenarbeit der nationalen Aufsichtsbehörden.

## US-Boy bei Griefahns zu Gast

Seit Ende Juli 2008 ist der amerikanische Austauschschüler Corey Hodge im Rahmen des Parlamentarischen Patenschafts-Programms (PPP) in Deutschland. Traditionell hatte Monika Griefahn ihn kürzlich auf einen Plausch zu sich nach Hause eingeladen. Corey Hodge wohnt bei Oliver und Ulrike Schmidt in Jesteburg und besucht die 11. Klasse des Buchholzer Albert-Einstein-Gymnasiums. Er wird bis zum Juli in Deutschland bleiben. Anschließend möchte er Germanistik studieren.

Trotz dieser von Griefahn vorgestellten Ansätze, trieb viele der rund 80 Zuhörer die Frage um, wie viel Macht und Einfluss Politik auf die Geschehnisse der Weltfinanzmärkte haben kann. Die Referenten machten deutlich, dass Politik sehr starken Einfluss habe. Heinz Lüers lobte ausdrücklich den Schutzschirm, den die Bundesregierung zur Absicherung von Banken im Herbst vergangenen Jahres beschlossen hatte. Auch Dr. Barbara Hendricks, die bis 2007 Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister der Finanzen gewesen ist, bestritt eine Machtlosigkeit der Politik energisch. Das sehe man schon daran, dass nun so massiv und von allen Seiten nach Hilfe des Staates gerufen werde. Die Politik könnte ihre Verantwortung auch nicht abgeben, selbst wenn sie gerne wollte.

Lesen Sie den ausführlichen Bericht mit weiteren Stellungnahmen im Netz unter [www.monika-griefahn.de](http://www.monika-griefahn.de) im Bereich Landkreis Harburg.



## Empfang im Kaleidoskop

In ihrer Rede beim Neujahrsempfang im Buchholzer Mehrgenerationenhaus Kaleidoskop erinnerte Monika Griefahn an einen der Jahrestage 2009: der Einführung des Frauenwahlrechts 1919. Die SPD sei Vorreiter gewesen und habe die Forderung schon 28 Jahre zuvor in ihr Wahlprogramm geschrieben. Heute seien Frauen aus politischen Prozessen nicht wegzudenken.

## Mangelhaft

### Monika Griefahn kritisiert Konzept für EXPO

Monika Griefahn bemängelt das Konzept des Deutschen Pavillons auf der EXPO 2010 in Shanghai. Zwar passe sich der deutsche Beitrag „Balancity“ gut in das EXPO-Thema „Better City, Better Life“ ein, jedoch bleibt vor allem der kulturelle Anteil an der Ausgestaltung sehr undeutlich. Besonders befremdlich erscheine ihr, dass man

so wichtige Themen wie Menschen- und Freiheitsrechte in der Darstellung weitgehend ausspare, um Schwierigkeiten bei der Abstimmung mit der chinesischen Seite zu vermeiden. Die SPD-Fraktion bestehe darauf, dass dies Teil einer Ausstellungskonzeption über das Leben in deutschen Städten sein muss.

## Werden Sie Unterstützer!!!

Werden Sie Unterstützer von Monika Griefahn für die Bundestagswahl 2009 am 27. September! Mitmachen kann jeder, der Monika Griefahn schätzt und sie gerne weiterhin als Vertretung des Landkreises Harburg im Bundestag sehen möchte. Unterstützer werden mit Foto auf der Internetseite veröffentlicht. Klicken Sie unter [www.monika-griefahn.de](http://www.monika-griefahn.de) auf den „Wahl2009“-Button!

# Empfang mit Andrea Nahles

### SPD lud im Januar nach Hanstedt ein

Mindestlöhne, Arbeitnehmerrechte, Konjunkturpaket II: Dies waren einige der Themen, die beim traditionellen Neujahrsempfang des SPD-Unterbezirks Landkreis Harburg diskutiert wurden. Die SPD konnte über 150 Gäste aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft im Alten Geidenhof in Hanstedt begrüßen. Prominenter Gast war die stellvertretende Parteivorsitzende Andrea Nahles. Sie ging darauf ein, welche Konsequenzen aus der aktuellen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise zu ziehen seien. Die Privatisierung auf breiter

Front sei zu hinterfragen, insbesondere was die Bahn, die kommunale Ver- und Entsorgung und Stadtwerke anbelange. Man brauche eine Art „TÜV“ für Finanzmarktprodukte und eine neue weltweite Finanzarchitektur, die auf dem G20-Gipfel im April beschlossen werden müsse. Das Ziel einer gerechteren Gesellschaft dürfe man nie aus den Augen verlieren. Die Senkung von Löhnen und Steuern und der Abbau von Arbeitnehmerrechten seien dabei der falsche Weg. Arbeitnehmer, Betriebsräte



Gruppenbild mit Damen: (v.l.): Brigitte Somfleth, Silva Seeler, Andrea Nahles und Monika Griefahn in illustrierer Männerrunde.

und Gewerkschaften würden dazu beitragen, Beschäftigung zu sichern. Unternehmen müssten davor geschützt werden, von Finanzinvestoren ausgeplündert zu werden.

Mit dem Konjunkturpaket II stelle die Bundesregierung rund 50 Milliarden Euro bereit. Andrea Nahles appellierte – genau wie zuvor Monika Griefahn – an die Landesregierungen, dieses Geld müsse auch bei den Kommunen ankommen. Die Investitionen in den Bildungsbereich, insbesondere in zum Teil marode Schulgebäude, seien wichtig. Mit der Abwrackprämie für alte Autos werde die Autoindustrie gefördert; immerhin hänge in Deutschland jeder siebte Arbeitsplatz direkt oder indirekt an der Automobilbranche. Es sei gut, dass Deutschland noch eine breite industrielle Basis

habe. Länder wie Irland und Großbritannien, die einseitig auf die Finanzindustrie gesetzt hätten, müssten nun mit den Folgen umgehen. Auch für Familien mit Kindern werde etwas getan: 100 Euro für jedes Kind und die Erhöhung des Arbeitslosengeld-II-Satzes für Kinder seien richtig und notwendig. Bernd Lange, Kandidat der SPD für das Europaparlament, konnte an seine Vordnerin anschließen. Der frühere Deutsche-Bank-Chef Rolf Breuer habe einmal die Banken als „5. Gewalt“ bezeichnet, als wirkungsvollste Kontrollinstanz des Staates. Welche Selbstüberschätzung in dieser Aussage lag, werde gerade eindrucksvoll bestätigt, so Lange. Nicht die Banken lösten die Probleme dieser Tage, sondern der demokratisch legitimierte Staat.



**Im Büro von Erich Mielke:** Der Bundestagsausschuss für Kultur und Medien mit Monika Griefahn traf sich kürzlich in der Stasi-Zentrale mit Mitgliedern des Trägervereins Antistalinistische Aktion Berlin Normannenstraße (ASTAK), um über die Möglichkeiten einer Gebäudesanierung zu beraten. Diese ist dringend erforderlich, um das Gebäude für Ausstellungs- und Forschungsarbeit nutzen zu können.



**Diese Wahl gewinnen wir!** Das Wahlkampfteam von Monika Griefahn steht. Und es ist guter Laune, wie dieses Foto beweist. Wahlkämpfer aus allen SPD-Ortsvereinen des Landkreises Harburg haben sich bereits mehrfach getroffen. Sie hecken derzeit kesse Wahlkampfaktionen aus und bereiten Informationen für SPD-Mitglieder und Monika-Griefahn-Unterstützer vor. Wer bei der Bundestagswahl am 27. September gewinnt, das ist im Team längst allen klar: „Natürlich Monika!“

**KURZ GEMELDET**

**Asse: Atomgesetz geändert**

Im Januar hat der Bundestag einer Änderung des Atomgesetzes zugestimmt. Damit kann der vom Bundeskabinett am 5. November 2008 gefasste Beschluss zum Betreiberwechsel für die Schachanlage Asse II vom Helmholtz-Zentrum München auf das Bundesamt für Strahlenschutz umgesetzt werden. Monika Griefahn, erklärte Atomkraftgegnerin, hat diesem Schritt im Bundestag zugestimmt. Grund ist, dass das Verursacherprinzip weiterhin gilt, denn in der Asse lagern zum größten Teil Abfälle von öffentlichen Einrichtungen, besonders Forschungseinrichtungen. Auch in der Vergangenheit wurden die Kosten bereits durch den Bund getragen. Zukünftig wird die Schachanlage Asse II wie ein Endlager behandelt und damit die Sicherheit für die Bürger besser gewährleistet. Monika Griefahn stellt aber klar, dass dies ausschließlich ein Schritt sei, der den gegebenen Realitäten folge. Gerade die Vorkommnisse in der Asse zeigten, dass mit der Atomenergie Schluss sein müsse.

# EU-Politik im Gespräch

Internationales Kolloquium diskutierte über Luft- und Raumfahrt

In ihrer Funktion als stellvertretende Vorsitzende der deutsch-französischen Parlamentariergruppe des deutschen Bundestages diskutierte Monika Griefahn kürzlich beim 7. Parlamentarierkolloquium Paris-Berlin auf dem Airbus-Gelände in Finkenwerder über den Fortgang der europäischen Industriepolitik im Bereich des Luft- und Raumfahrtsektors. Louis Gallois, Chef des EADS-Konzerns, zu dem Airbus gehört, sprach neben den Erfolgen auch die Schwierigkeiten gemeinsamer europäischer Projekte an, drückte jedoch die Hoffnung aus, dass diese nicht zu grund-



Die Teilnehmer des Kolloquiums bei einer Werksbesichtigung.

sätzlichen Zweifeln an europäischen Kooperationen führe. Der deutsche Vorsitzende der deutsch-französischen Parlamentariergruppen, Dr. Andreas Schockenhoff, bestätigte, dass es gerade in der Luft- und

Raumfahrt wegen der hohen Forschungskosten „keine Alternative zur Kooperation“ gebe. Zusätzlich zu den Vorträgen und Diskussionen gab es für die Kolloquiumsteilnehmer die Gelegenheit, das Werk zu besichtigen.

## „Gesicht zeigen!“-Planungen

Journalist und Künstler haben schon Unterstützung zugesagt

Wie versprochen, will sich der Aktionskreis „Gesicht zeigen!“ im Landkreis Harburg dieses Jahr verstärkt bemühen, mit Aussteigern aus der rechtsextremen Szene Aufklärungsarbeit zu leisten. Bemühungen dazu laufen.

Unterstützung für Veranstaltungen bekommt der Aktionskreis in diesem Jahr aber neben anderen Referenten wie dem Präsidenten der Bundeszentrale für politische Bildung Thomas Krüger von Sebastian Krumbiegel, dem

Sänger der Band „Die Prinzen“. Auch ist bereits eine Veranstaltung mit einem ehemaligen Zwangsarbeiter terminiert – und Journalist Stefan Schölermann hat zugesagt, für Veranstaltungen zur Verfügung zu stehen.



## Neujahrsempfang in der Elbmarsch

Ralf Stegner, SPD-Chef in Schleswig-Holstein, war prominenter Gast beim Neujahrsempfang der Elbmarsch-SPD. In seiner Rede nannte Stegner Bildung, Mindestlohn, gute Arbeit und eine gerechte, solidarische Sozialpolitik sowie die Umwelt- und Energiepolitik als Themenschwerpunkte. Monika Griefahn unterstrich in ihrem Beitrag das klare Nein der Partei zur Atomenergie.



## Neujahrsempfang in Seevetal

EU-Politik stand im Mittelpunkt des Neujahrsempfangs der SPD Seevetal, die den Europa-Kandidaten Bernd Lange (M.) und Monika Griefahn zum Talk auf rote Sofa gebeten hatte. Bernd Lange sagte, wie wichtig Europa sei: 60 Prozent aller Gesetze würden dort gemacht, im Umweltbereich seien es gar 90 Prozent. Es müsse mehr Sozialdemokraten im EU-Parlament geben.



# Einsatz für Nachwuchs-Musiker

## Monika Griefahn ist Vorsitzende des Förderkreises RIAs Jugendorchester

Seit einigen Jahren spielt beim Neujahrsempfang der Lufthansa in Berlin, an dem auch Monika Griefahn teilnahm, das RIAs-Jugendorchester. Vor vollem Konzerthaus erhielten die jungen Musiker unter der Leitung von Ariel Zuckermann für ihr anspruchsvolles Konzert enthusiastischen Beifall. Das RIAs Jugendorchester ist eines der ältesten Jugendorchester der Welt. Seine Hauptaufgaben sind die Nachwuchsförderung und die Ergänzung des Ausbildungsangebots für zukünftige Orchestermusiker. Das Orchester arbeitet projektgebunden mit international renommierten Dirigenten und Solisten

wie Vladimir Ashkenazy oder Guisepppe Sinopoli, aber auch mit talentierten Vertretern der jungen Generation wie Thomas Hengelbrock, Markus Groh oder Ariel Zuckermann. Nach Ende der Förderung durch das Deutschland-Radio 2005 ist die Finanzierung des RIAs Jugendorchesters oft unsicher. Deshalb engagiert Monika Griefahn sich seit 2002 als Vorsitzende des Förderkreises RIAs Jugendorchester für die Musiker. Über ihre Motivation sagt sie: „Heranwachsenden Orchestermusikern bietet das RIAs Jugendorchester eine wesentliche Ergänzung zu ihrer Ausbildung an den Musikhochschulen Europas.“



Monika Griefahn mit dem RIAs-Jugendorchester, für das sie sich kontinuierlich einsetzt, im Konzerthaus Berlin.

# Zum Kennenlernen beim Superintendenten

## Monika Griefahn sprach mit Dirk Jäger über die Rolle der Kirche in der heutigen Gesellschaft



Monika Griefahn traf den neuen Superintendenten Dirk Jäger in Hittfeld.

Seit etwa einem halben Jahr ist Dirk Jäger Superintendent im Kirchenkreis Hittfeld – Zeit für Monika Griefahn nachzufragen, wie sich der Theologe inzwischen in der Nordheide eingelebt hat. Jäger zeigte sich sehr angehen von seinem neuen Aufgabenfeld: Der Kirchenkreis Hittfeld sei gut aufgestellt. Dennoch gebe es an einigen Stellen problematische Entwicklungen. Das betreffe zum Beispiel die Finanzie-

rung der Sozialstationen und der umfangreichen Beratungsdienste der Diakonie. Monika Griefahn betonte in dem Gespräch die wichtige gesellschaftliche Rolle, die die Kirche spiele. Sie kenne kaum einen anderen Akteur, der die gesellschaftliche Wertediskussion und ein differenziertes Nachdenken über soziale Themen moderieren könnte und sehe das auch als eine Aufgabe der Kirche an.



KURZ GEMELDET

20. März

Filmmuseum

Monika Griefahn hat als Freundin des Filmmuseums Bendestorf die Schirmherrschaft für die neue Sonderausstellung „Bendestorfer Diven“ übernommen. Am 20. März wird die offizielle Eröffnungsveranstaltung sein – die Verantwortlichen haben interessante Gäste aus der Bendestorfer Filmwelt ermittelt. Beginn ist um 19 Uhr.

Umweltgesetzbuch scheidert an CSU

Bundesumweltminister Sigmar Gabriel war mehr als verstimmt, als er erklären musste, dass das Umweltgesetzbuch, mit dem Bestimmungen in Deutschland vereinheitlicht und gebündelt werden sollten, am Widerstand Bayerns gescheitert ist. Auch Monika Griefahn bedauert das, denn mit dem Buch wären rund 27 Millionen Euro Bürokratiekosten eingespart worden. Es tue keinem gut, wenn das Umweltrecht durch die föderalen Zuständigkeiten zersplittert bleibe: Nicht der Wirtschaft, nicht der Umwelt, nicht dem Auftreten vor der EU.

# Deutsche Filme fördern

Monika Griefahn entwickelte den entsprechenden Gesetzentwurf mit

Nach jahrelangen Vorarbeiten hat die Novelle des Filmförderungsgesetzes (FFG) eine entscheidende Hürde genommen. Anlässlich der abschließenden Beratung des Gesetzentwurfes zur Novelle des Filmförderungsgesetzes (FFG) im Ausschuss für Kultur und Medien Ende des vergangenen Jahres haben Monika Griefahn als Sprecherin der Arbeitsgruppe für Kultur und Medien und die filmpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, Angelika Krüger-Leißner sich zufrieden geäußert: Der Ausschuss für Kultur und Medien hat den Gesetzentwurf mit einigen wichtigen Änderungen beschlossen. Besonders begrüßten die beiden die Ergänzung, wonach es künftig auch zu den Aufgaben der Filmförderungsanstalt (FFA) gehört, die Belange der Beschäftigten in der Filmbranche zu unterstützen. Im Rahmen einer Selbstverpflichtung der Filmhersteller sollte eine Berücksichtigung sozialer Mindeststandards selbstverständlich sein. Hier solle der Entwurf ein klares



Mit Schauspielerin Nina Hoss, Max Färberböck und Produzent Günter Rohrbach (r.). Die drei produzierten und spielten den deutschen Film „Anonyma – eine Frau in Berlin“.

Signal setzen. Zusätzlich wurde auch eine Entlastung der Kinos bei der Filmabgabe an die FFA, bei der Monika Griefahn Mitglied im Verwaltungsrat ist, beschlossen. Damit soll die schwierige Situation der Kinobranche berücksichtigt werden. Denn die Besucherzahlen gingen in den vergangenen Jahren zurück und demnächst stünden enorme Investitionen an, wenn die Kinos auf digitale Projektion umrüsteten. Mit dem Entgegenkommen er-

warteten die Politiker aber auch, dass Abgabebzahlungen nicht mehr unter Vorbehalt geleistet werden. Das lähme das FFA-Fördergeschäft und stelle den Solidargedanken des Gesetzes in Frage. Mit dem neuen Gesetz wird der deutsche Film als Wirtschaftsgut gestärkt, und es werden Anpassungen an die technischen Entwicklungen vorgenommen. Qualität und Vielfalt des deutschen Films können weiterentwickelt werden.



Künstlerische Grenzen der Rap-Musik:

Zum Thema „Konfliktwelt Jugendliche und Erwachsene“ diskutierte Monika Griefahn in der Berliner Kalkscheune mit den beiden Rappern von KIZ und Jugendlichen über die Konfliktlinien im Feld des Erwachsenwerdens. Es ging auch um die Grenzen von Beleidigungen im Rap und positive Werte und Botschaften der jugendlichen Rapper. Griefahn ist in der Szene bekannt, da sie gegen frauenfeindliche und Gewalt verherrlichende Texte von deutschen Rapstücken vorging.



Auszeichnung der KuPoGe:

Der vergangene Kulturpreis der Kulturpolitischen Gesellschaft (KuPoGe) wurde an das Projekt „48 Stunden Neukölln“ verliehen. Monika Griefahn, die im Vorstand der KuPoGe ist, hielt die Laudatio auf den Preisträger. „48 Stunden Neukölln“ sei ein gelungenes Beispiel einer anspruchsvollen, soziokulturellen Veranstaltung, die Schule machen sollte, so Griefahn. „Das Projekt hat erreicht, dass Menschen den Stadtteil Neukölln gemeinsam neu entdecken“, lobte sie den integrativen Ansatz.



## SPD — BESSER IST DAS

### Schärfere Regeln für Manager

Die SPD hat in der Koalition schärfere Regeln für Managergehälter und eine größere Haftung von Aufsichtsräten durchgesetzt. Damit soll erreicht werden, dass sich Manager künftig nicht länger vorrangig an kurzfristigen Renditeerwartungen orientieren, sondern langfristig agieren, auch zum Wohle der Arbeitnehmer.

### SPD – besser ist das

#### Die neue Rubrik

Vereinbart wurden:

- Manager dürfen ihre Aktienoptionen künftig erst nach vier Jahren und nicht wie jetzt gültig bereits nach zwei Jahren einlösen.
- Aufsichtsräte erhalten erweiterte Möglichkeiten, Vorstandsgehälter herabzusetzen.
- Über Vorstandsgehälter muss künftig der gesamte Aufsichtsrat entscheiden und nicht nur ein Ausschuss.
- Die Haftungsbestimmungen für Aufsichtsratsmitglieder werden verschärft.
- Der Wechsel eines Vorstandsmitglieds in den Prüfungsausschuss des Aufsichtsrats im gleichen Unternehmens soll künftig frühestens drei Jahre nach seinem Ausscheiden möglich sein.

Die SPD hat über diese Einigung hinaus weitere Vorschläge, die jedoch derzeit von der CDU/CSU blockiert werden. Dazu zählen:

- Die steuerliche Absetzbarkeit von Managerbezügen und Abfindungen muss begrenzt werden
- Manager sollen verpflichtet werden, ihre Entscheidungen auch am Wohl der Allgemeinheit auszurichten
- „Managerversicherungen“ sollen eine verpflichtende Selbstbeteiligung beinhalten, damit Manager bei Versagen nicht von jeder Haftung befreit sind.



### Jugendliche in der Hauptstadt

Schülerinnen und Schüler der Berufsbildenden Schulen Winsen (oben) und Buchholz (r.) fanden in letzter Zeit den Weg nach Berlin. Auch Schüler der Hauptschule Soltau (unten) kamen in die Hauptstadt und diskutierten mit Monika Griefahn.



**Schmuntzler der Woche:** Die Stasi dürfte das Motto „Wir sind überall“ hiererst genommen haben. Monika Griefahn und Wolfgang Thierse (l.) waren beim Besuch des ehemaligen Sitzes des Ministeriums für Staatssicherheit in Berlin (s. S. 3) aber auch zu Scherzen aufgelegt. „Wir sind all dor“, mögen sie gewitzelt haben, denn sie sind ihren politischen Gegnern immer einen Schritt voraus und immer eine Idee besser. Und das ganz ohne Stasi-Methoden, sondern mit ehrlicher, kompetenter und zukunftsweisender SPD-Politik.

AUSFÜHRLICH FINDEN SIE DIE TEXTE UND JEDE MENGE WEITERE INFORMATIONEN IM INTERNET UNTER [WWW.MONIKA-GRIEFAHN.DE](http://WWW.MONIKA-GRIEFAHN.DE)

### ANSPRECHPARTNER

Büro Berlin: Tina Unger, Felix Falk, Renate Mantzke  
 Platz der Republik 1  
 11011 Berlin  
 E-Mail: [monika.griefahn@bundestag.de](mailto:monika.griefahn@bundestag.de)  
 Tel.: 030 / 2277-2425

Für Soltau-Fallingbostal:  
 Gunda Ströbele  
 Uppen Drohm 19  
 29643 Neuenkirchen  
 E-Mail: [sfa@monika-griefahn.de](mailto:sfa@monika-griefahn.de)  
 Tel.: 05195 / 5050

Für den Landkreis Harburg:  
 Bürgerbüro Winsen  
 Matthias Westermann  
 Brauhofstraße 1  
 21423 Winsen  
 E-Mail: [monika.griefahn@wk.bundestag.de](mailto:monika.griefahn@wk.bundestag.de)  
 Tel.: 04171 / 780171

Für den Infobrief:  
 Petra Reinken